

Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckeri-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehnpennige Zeitzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Beitungsregister.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Am 23. d. M. wurde in Chemnitz eine Mitgliedschaft unseres Verbandes errichtet.

Vertrauensmann ist Kollege Johann Sachs, Chemnitz, Brühl 1811.

Kassierer: Kollege Richard Engelmann, Uferstraße 14 (Volksstimme).

Trotz mehrfacher Aufforderung des Verbands-kassierers steht von einzelnen Zahlistellen noch die Abrechnung für das 4. Quartal aus.

Diese Zahlistellen werden nun um **schleunigste Abrechnung** ersucht, widrigenfalls in der nächsten „Solidarität“ Veröffentlichung erfolgen muß.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Carl Wittig, Vorsitzender
Berlin, Lanziger-Platz 12, b. Stephan.

Der neue Zolltarif und seine Folgen für die Industrie.

Wohl selten hat ein Gesetzentwurf die überaus größte Mehrheit der deutschen Bevölkerung so in Aufregung gebracht, als der Zolltarif, welcher am 27. Juli d. Js. durch den Reichsanzeiger veröffentlicht wurde. Schon lange vorher wurde in den Tagesblättern über die Höhe der einzelnen Zollsätze gemunkelt. Jedoch dieser Entwurf übertrifft bei Weitem alles, was man in den Bereich der Erwägungen gezogen hatte. Nicht nur das Brod soll uns vermittels der Kornzölle vertheuert werden, nein alle notwendigen Lebensmittel als wie Graupe, Grütze, Bohnen, Erbsen, Linsen, Hafer, Obst, Eier, Fleisch. Neben den hohen Zöllen auf Maschinen kommt der Zoll auf Schafleder 36 Mk., Vochleder 50 Mk., Ziegenleder zugerichtet 80 Mk. in Betracht. Ganz enorm ist der Zoll auf Eier, derselbe soll verdreifacht werden. Bei lebenden Ochsen soll der Zoll 2-300 Mk. per Stück betragen, was ungefähr 10 Pfg. per Pfund ausmacht. Der Speck, dessen Einfuhr kolossal ist, beträgt ein Mehr von 10 Pfg. per Pfund. Fragen wir uns nun, warum und weshalb ist dieser Zoll? so lautet die kurze und blinde Antwort: Ein kleiner Kreis von Leuten, die stets Christenliebe und Religion, Moral, Patriotismus, Vaterlandsliebe usw. im Munde führen, will sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung die Taschen füllen. Sie wollen die Last der Militärkosten, für die sie jährlich im Reichstag stimmen, nicht selber tragen, sondern denen die Zahlung überlassen, die den Militarismus befechtigt wissen möchten. Es sind dies dieselben Herren, die da vorgeben, in Hütten zu wohnen, deren Dächer mit Stroh gestrichelt sind, und die hinterher das Geld verpraseln und verspielen. Vorgänge in der Reichshauptstadt geben genügend Zeugniß von dem Jammer und Elend unserer — Landwirthe. Weil die Herren Noth leiden müssen, gehen sie jährlich nach München, um sich einer Schwefelkur zu unterziehen, durch die

ihre zerrütteter Körper wieder in den Stand gesetzt werden soll, ihrer Wollust weiter fröhnen zu können. Dieweil wissen 100 000 von Arbeitern nicht, woher sie in in dieser kritischen Zeit das Nothwendigste für ihre Familie und für sich hernehmen sollen.

Der Sozialökonom Paul Rombert in München giebt uns ein kleines Bild, inwieweit das Budget einer Arbeiterfamilie durch die Zölle belastet wird.

Er verwendet zu seinen Berechnungen 75 Arbeiterbudgets, durchweg amtliches Material, und zwar solche von bessergestellten Arbeitern, da es leider nur bei diesen möglich ist, genau geführte Haushaltungs-Berechnungen zu erhalten, bei der großen Masse der Arbeiterschaft hat die Brodvertheuerung noch weit mehr eine verelendende Wirkung, als bei den unterforschten.

Bereits der heutige Zoll von 3,50 Mk. belastet einen der befragten Arbeiter mit 12,85 Mk., einen **10,1 Proz.** seines Einkommens. Eine der unterforschten Familien zahlt bereits heute eine **Brodsteuer von 72,31 Mk.**, eine andere mehr als den zehnten Theil ihres Verdienstes an die Agrarier. Die durchschnittliche Belastung der Familien beträgt bereits bei dem heutigen Zolltag **31,79**.

Das Durchschnittseinkommen der 75 bessergestellten Arbeiterfamilien beträgt jährlich 1136,8 Mk.; dies entspricht einem täglichen Verdienst von rund 3,8 Mk. Bei dem heutigen Zoll also müssen die betrachteten Arbeiterfamilien von 300 Arbeitstagen 8 1/2 Tage arbeiten, um die Brodsteuer aufzubringen.

Sollten aber die geplanten Wucherzölle auf Roggen und Weizen durchgehen, so würde einer der betrachteten Arbeiter 22,87 Mk., ein anderer **18,01 Proz. seiner Einnahmen** den Brodwuchern in den Schoß werfen. Einer Arbeiterfamilie brächten die erhöhten Getreidezölle einen Einnahmeverlust von **129,29 Mk.**, einer andern einen solchen von **fast einem Fünftel ihrer Einnahmen**. 15 1/2 Tage im Jahre müßten durchschnittlich die betrachteten Arbeiterfamilien den Brodwuchern Frohndienste leisten, um den Zollbetrag aufzubringen zu können.

Bei alledem ist hier immer nur von den Zöllen auf Brodkorn die Rede. Die Belastung durch alle übrigen Zölle und indirekten Steuern ist nicht in Betracht gezogen.

Inwieweit dieser Zollentwurf ein Wuchertarif ist, braucht wohl nicht noch erst gesagt werden. Genügend ist es, wenn die Herrn Agrarier unsere Nothlage in dieser Weise ausbeuten können. Und die Folgen davon? Mit den Staaten, von denen wir bisher unsere wichtigsten Lebensmittel bezogen haben, leben wir von jetzt ab im Zollkrieg. Die Einfuhr von Fleisch, Roggen, Weizen, Eier wird durch den Zoll verhindert. Die Staaten wie Rußland, Nord- und Süd-Amerika usw., die uns Lebensmittel einführen, dafür Industrieprodukte kaufen, kaufen nichts mehr auf dem deutschen Markt. Denn: „Wie Du mir, so ich Dir.“ Jetzt, wo durch die Bankkrache und Geschäftskrise Tausende von Arbeitern beschäftigungslos sind, wird dieses Heer der Arbeitslosen ungeheuer vergrößert, weil die Absatzgebiete unserer Produkte gesperrt werden.

Ganze Industriezweige werden dem Untergange preisgegeben, so die Baumwollweberei, wie folgender Bericht beweist:

„Mit Bangen sieht die Baumwollweberei dem Abschluß der neuen Handelsverträge entgegen, von deren Ausfall das Bestehen von Hunderttausenden fleißiger Arbeiterfamilien abhängt“, das ist das Urtheil der Handelskammer zu Weiel in dem vor einigen Tagen herausgegebenen Bericht pro 1900. An anderer Stelle heißt es sodann noch:

„Wir stehen in dem begonnenen Jahre 1901 vor ernstern, schweren Aufgaben, der Normirung der Zollsätze für die zu erneuernden Handelsverträge. Daß diese verantwortungsvolle Arbeit in einer Zeit der wirtschaftlichen Stauung an uns herantritt, betrachten wir als ein günstiges Geschick. Die Ruhe wird uns davor schützen, geblendet durch zu günstige Geschäftsergebnisse, fehlerhaften Vorschlägen unsere Zustimmung zu geben. Die gar zu intensive Interessen-Betretung der Agrarier wird uns schwere Kämpfe aufnöthigen und wird es des ganzen Einjages unserer Kraft bedürfen, um sachgemäß die thatsächlichen Verhältnisse aller Erwerbszweige gerecht zu beurtheilen und wirtschaftlich zu verwerthen.“

Wird man die warnenden Stimmen hören und beachten?

Da Brod, Eier, Fleisch usw. von den Arbeitern nicht mehr in dem Maße konsumirt werden können, wie es nothwendig ist, um einen kräftigen und steuerfähigen Arbeiterstamm zu erhalten, wird durch Genuß von Kartoffeln und Fusel die Bevölkerung entkräftet, degenerirt. Die Industrie verliert kräftige Arbeitskräfte und wird somit auf Jahrzehnte hinaus auf dem Weltmarkt von anderen Staaten zurückgeschlagen. Und alles dies den paar Agrariern zur Liebe. Jetzt werden auch wohl dem Indifferentesten die Augen geöffnet werden. Jetzt wird Jeder erkennen, von welcher Seite ihm Hilfe wird.

Nicht nur durch Protestveranstaltungen, nicht nur durch Petitionen können wir etwas erreichen, sondern dadurch, daß wir geschlossenen organisiert sind, bilden wir eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Können die 40 000 Landwirthe durch ihre Organisation die Taschen der Arbeiter auspowern, so müssen wir durch unsere Organisation uns das Recht zum Leben und zum Existiren erringen.

Darum organisiert Euch,

und nieder mit dem Wuchertarif!

Preßkommission.

In Nr. 19 der „Solidarität“ befindet sich ein „Eingekandt“, welches sich mit der neugewählten Preßkommission eingehend beschäftigt. Der Schreiber ist ohne Zweifel ein Berliner Kollege, der so leider nicht den Muth hat, seine ziemlich gewagten Behauptungen mit seinem Namen zu decken, und fählen wir uns veranlaßt, Folgendes mitzutheilen:

Soweit sich die gesammten Vertreter des ersten Kongresses und des bald darauf stattfindenden ersten Verbandstages entsinnen werden, war bei dem Punkt Preßkommission verschiedentlich von einer aus unseren Reihen zu wählenden Preßkommission die Rede und

waren hierzu mehrfach Anträge gestellt; aber diese konnten nicht verhandelt werden, weil die damals noch bestehende graphische Kommission als Gründern der „Solidarität“ und Mitbestimmte, die auch das damals zu verzeichnende Defizit mit zu decken hatte, als Pressekommision galt, und die Vertreter waren damit auch zufrieden.

Nun erfolgte am 6. Januar 1901 die Liebergabe der „Solidarität“ an unseren Verband und waren alle Vorstände auf unsere Mitteilung hin damit einverstanden, daß die bis dahin von der graphischen Kommission ausgeübten Funktionen nunmehr der Verbandsvorstand bis zum Stattfinden des zweiten Verbandstages übernehmen und ausführen würde. Und daß diese Kommission schon ihres Amtes gewaltet hat, geht doch aus dem stattgehabten Redaktionswechsel hervor.

Wenn nun die Befanntmachung dreier Personen als Redaktionskommission in Nr. 18 der „Solidarität“ zu finden war, so geschah das aus dem Grunde, damit bei vorkommenden Fällen nicht immer der ganze Verbandsvorstand zusammenberufen werden muß, was ja logischer Weise ein ziemlich schwerfälliger und kostspieliger Apparat sein würde; aber wir können auch versichern, daß sich Kollege Wirtig durch die „Wahl“ und Thätigkeit der Pressekommision weder majorisiert noch in seiner Thätigkeit beeinträchtigt fühlen konnte, denn alle frichtigen Momente, die bisher zu erledigen waren, sind zur Zufriedenheit beider Theile geregelt worden.

Der Verbandsvorstand hätte die Wahl einer Pressekommision aus den Reihen der Berliner Jahrestellen gern gesehen, schon um selbst rüdenfrei zu sein, aber ein diesbezüglicher Antrag ist uns von keiner Seite zugegangen, den wir, trotzdem sich über die Zweckmäßigkeit einer Neuwahl so kurz vor Stattfinden des Verbandstages streiten ließ, doch begrüßen würden.

Dem Einfender des Artikels aber möchten wir doch raten, in Zukunft mit seinen jeder Begründung entbehrenden Beschuldigungen ein wenig vorsichtiger zu sein, denn man kann doch unmöglich voraussetzen, daß die Kommission, weil sie aus den Reihen des Verbandsvorstandes hervorgegangen ist, nun parteiisch gegen den Redakteur sein muß! Wir haben jederzeit ohne Ansehen der Person bei Streitfragen nach bester Ueberzeugung gehandelt und wie schon erwähnt, zur Zufriedenheit der Beteiligten.

Im Auftrage der Redaktionskommission
Paula Thiede.

Die Gewerkschaften und der Sozialismus.

Motto: Vom Lager auf, ihr Knechte Mann für Mann, Ergreift das Werkzeug: Schaufel ruhet und Spaten! Wache, Bauh.

In letzter Zeit sind häufig sowohl in der Parteipresse als in der Gewerkschaftspresse Betrachtungen angestellt worden über den Zusammenhang und den Werth der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Manches harte und ungerechte Wort ist gefallen und, wie das leider sehr oft geschieht, hat man zwischen beiden Organisationen einen Gegensatz konstruiert, der in Wirklichkeit nicht existirt, oder aber doch nicht existiren sollte. Es giebt leider noch sehr viele Leute in der Partei, die den Gewerkschaften eine sehr geringe Bedeutung beimessen und absolut kein Verstandnis für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung haben. Allenfalls glauben sie den Werth der Gewerkschaften genügend gekennzeichnet zu haben, indem sie dieselben mit müßeligen „Hilfsschulen“ als sozialistische Borschulen bezeichnen. Diese Ansichten sind, wie gesagt, leider noch sehr weit unter den Parteigenossen verbreitet, man glaubt eben nicht an praktische Erfolge innerhalb unserer kapitalistischen Gesellschaft. Nun wird oft gesagt über den Mangel an Begeisterung und Frische im Parteileben; dieser Mangel macht sich neuerdings in der ganzen deutschen Arbeiterbewegung bemerkbar. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine allgemeine Abspannung, eine Ermüdung in zahlreichen Kreisen der Arbeiter schaft eingetreten ist; der Sozialismus, diese Religion der Indifferenten, gewinnt immer mehr Anhänger. Es geht zu langsam vorwärts, hört man allgemein klagen. Ja, warum geht es so langsam vorwärts? Weil viel zu wenig praktisch gearbeitet wird. Was nützen die schönsten parlamentarischen Reden, was nützen die zündendsten Flugblätter, was nützen alle kritischen Schriften und die scharfsinnigen Schlussfolgerungen, daß die kapitalistische Gesellschaft am Rand des Verberbens stehe und man nur noch ein wenig zu warten brauche, um diese selbe Gesellschaft in den Abgrund stürzen zu sehen; was nützt alles dies, wenn die Arbeiter keine Thaten sehen, keine

praktischen, handgreiflichen Erfolge wahrnehmen? — Es sei fern von uns, behaupten zu wollen, die sozialdemokratische Partei habe nichts Politives geleistet. Sie hat Großes, unendlich Großes geschaffen, sie hat in der Arbeiter schaft das Klassenbewußtsein geweckt, sie hat aus den arbeitenden Massen einen Faktor gebildet, mit dem man rechnen muß, sie hat weit gefordert, daß der Arbeiter das Recht haben soll, an den Kulturzerstörungen der Menschheit theilzunehmen. Das sind unbestreitbare Wahrheiten; das sind auch sicher große praktische Erfolge. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß die Hauptthätigkeit der sozialdemokratischen Partei immer noch darin besteht, an allen Institutionen und an allen Erscheinungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft die schonungsloseste Kritik zu üben. Es ist unbedingt zuzugeden, daß diese Kritik sehr nothwendig ist; und ein scharfes Wort zur rechten Zeit ist unter Umständen auch eine That.

Vor allen Dingen ist es nothwendig, die Arbeiter schaft materiell auf eine höhere Stufe emporzuheben; und dazu sollte die Partei in erster Linie die Hand bieten. Sie sollte, anstatt auf die Gewerkschaften mit Geringschätzung herabzusehen, mit ihnen Hand in Hand gehen und gemeinsam mit ihnen für die materielle und geistige Hebung der Arbeiter schaft arbeiten. Und gerade auf dem Gebiet der geistigen Hebung giebt es noch sehr viel zu thun, was allerdings ein großer Theil der Parteigenossen nicht zu wissen scheint. Manche derselben legen nämlich in Bezug auf diesen Punkt eine beneidenswerthe Naivität an den Tag, indem sie die Arbeiter schaft mit einem Nimbus von Tugenden umgeben, der mindestens sehr zweifelhafter Natur ist. Es wird überall gesagt und geschrieben, daß die bestehende Gesellschaft sich in einem Zerlegungsprozeß befinde, aus dem es keine Wiegegeburt, keine Neubelebung gebe; während im Gegentheil dazu mit Vorliebe hervorgehoben wird, daß die Arbeiter schaft nur allein die sittliche Kraft in sich trägt, ein neues Gesellschaftssystem aufzubauen. Leider kann man alle Tage beobachten, daß diese Ansicht eine große Uebertreibung ist. Es gehört noch unendlich viel Arbeit dazu, um die Arbeiter auf die Stufe zu bringen, daß sie würdig sind, auch nur den Grundstein für eine zukünftige Gesellschaft abzulegen. Doch seien wir gerecht; es soll anerkannt werden, daß der Arbeiter schaft ein großes Maß von Intelligenz und sittlicher Kraft innewohnt. Aber leider ist das bei der großen Masse nicht der Fall; es muß gesagt werden, daß hier noch sehr viel Noth und Unwissenheit zu finden ist. Wie oft kann man beobachten, daß junge Leute aus Arbeiterkreisen, statt eine Bildungslücke aufzuzuchen oder sich in die Lektüre eines auffällenden Buches zu versetzen, lieber zweifelhafte Vergnügungsaltern aufsuchen, oder sich sonstigen geist- und geschmacklosen Genüssen ergeben, die doch niemals volle Betriedigung gewähren können. Wie oft muß man sehen, welche geistige Zerstörung der Alkohol unter Tausenden von jungen Arbeitern anrichtet. Die jähelose Jagd nach den geistlosesten Genüssen, welche unsere Zeit so treffend charakterisirt, erzeugt in jedem Menschen, der sich ihr einmal ergeben hat, eine gewisse Geistesleere, eine Gleichgiltigkeit gegen das Wahre, Gute und Schöne im menschlichen Leben, Gleichgiltigkeit gegen die höchsten Dinge, welche die Menschheit bewegen und somit auch Gleichgiltigkeit gegen die Organisation. Der Werth des Lebens besteht nur in der ersten, zielbewußten Arbeit, und darum muß es unser Bestreben sein, die heranwachsende Arbeiterjugend zu erziehen, arbeitsfreundigen Männern heranzubilden, und ist es die Pflicht der Partei sowohl wie der Gewerkschaften, gemeinschaftlich dafür zu arbeiten, daß aus den Arbeitern ein series, stolzes und kräftiges Geschlecht heranwächst, welches von der Idee des Sozialismus durchdrungen ist, und fähig ist, für dieselbe mit Gut und Blut einzutreten. Und das gelingt nur dadurch, daß man den Arbeiter nicht allein anführt und ihn unzufrieden macht, sondern man muß ihn anleiten, sich auch praktisch zu bethätigen. Darum mögen die Arbeiter vor Allem der praktischen Arbeit mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuwenden; sie mögen sich gewerkschaftlich organisiren, denn nur in starken Gewerkschaften liegt die Gewähr für die materielle Hebung der Arbeiterklasse.

Es muß soweit kommen, daß der Arbeiter ein wirkliches Heim besitzt, eigene Versammlungshäuser und Bildungsvereine, daß er nicht genöthigt ist, dumpfe Kneipen, tabakgefüllte Räume aufzusuchen, um sich Belehrung und Aufklärung zu holen. Auch muß sich jeder Arbeiter es angelegen sein lassen, sich selbst zu erziehen, an sich selbst zu arbeiten; nur hierin liegt die wahre und echte Bildung. Er muß nicht allein mit dem Munde, sondern auch mit dem Kopfe und Herzen Sozialist sein; seine sozialistische Gesinnung muß sich in allen seinen Handlungen wieder spiegeln.

Der Sozialismus, die erhabenste Idee, diese höchste aller Religionen, verlangt auch vor Allem ganze, kraftvolle und geistig gesunde Menschen, keine

peinlichlichen, von moralischem Klagenjammer angekränkelte Naturen. Und deshalb sollte man endlich einmal die Verelendungstheorie zum alten Eisen werfen; sie taugt nicht für uns, sondern ist nur geeignet, dem Arbeiter die Lebens- und Schaffensfreude vollends zu rauben und aus ihm nur einen unzufriedenen Kläger zu machen, der unfähig ist zu thatkräftigem und fruchtigem Schaffen. Man sollte ihm zeigen und lehren, das nur unermüdete Arbeit zum Ziele führt und ihn auch allmählich in den Stand setzt, eine höhere, materielle Stufe zu erklimmen.

Schaffen wir uns starke ökonomische Organisationen, so wird auch der Unternehmer den Arbeiter mit anderen Augen ansehen, er wird die Bestimmungen des Arbeiterschutzes mehr respektiren, als dies heute geschieht. Liegt man nicht alle Tage, daß Unternehmer mit der größten Freivolität diese Bestimmungen durchbrechen und werden die Unternehmer in diesem Vorhaben nicht geradezu bestärkt, indem man nur sehr gelinde Strafen über sie verhängt? Die Arbeiter schaft steht in den meisten Fällen diesen Vergehungen ohnmächtig gegenüber, weil ihr die wirtschaftliche Macht fehlt, einzusetzen und kräftigen Widerstand zu leisten. Verschaffen wir uns diese Macht, und das kann nur durch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeit geschehen, so schaffen wir uns selbst Geleise, das heißt, wir machen vielmehr darüber, daß diese Geleise nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch eingehalten werden.

Als vor mehr als hundert Jahren das Bürgerthum in Frankreich das Joch des Feudalismus abzuschütteln begann, da hatte es lange Zeit vorher schon thatächliche, wirtschaftliche Macht besessen; es hatte jahrhundertlang gekämpft und gekritten um seine Gleichberechtigung. So muß auch das arbeitende Volk von heute kämpfen und sich eine wirtschaftliche Macht im Staate verschaffen; nur dann wird es im Stande sein, das Joch des Kapitalismus abzuschütteln. O. V.

Was können Staat und Gemeinde thun gegenüber den Gefahren der Arbeitslosigkeit?

Mit banger Sorge schauen viele tausende deutscher Arbeiterfamilien dem bevorstehenden Winter entgegen. Hat doch schon der zur Reize gehende Sommer so manche Hoffnung unerfüllt gelassen und manches Arbeiterbudget aus dem Gleichgewicht gebracht. Was optimistisch veranlagte Menschen vor kurzer Zeit nicht gelten lassen wollten, was sie vielfach nur als eine bald vorübergehende Ermüdung des Wirtschaftslebens bezeichneten, das rückt jetzt in so bedrohliche Nähe und tritt in so greifbarer Weise an die Arbeiter schaft heran, daß der Optimismus kaum mehr Nahrung finden dürfte. Die Krise in unserer Industrie wie im Handel ist da, sie ist düstere Wirklichkeit, und sie ist leider noch immer im Wachsen begriffen. Und es ist noch gar nicht abzusehen, welche Unsumme von Geld und Noth die Krise in ihrem Verlauf noch über das arbeitende Volk bringen wird, das in erster Linie und am schwersten die unheilvollen Folgen der Krise am eigenen Leibe erfahren muß.

Wer weiß, was es bedeutet, arbeitslos zu sein? Kaum Jemand, der es noch nicht selbst durchgemacht hat, der noch nicht selbst alle Qualen, die Kämpfe und Leiden der Arbeitslosigkeit gekostet hat. Da heißt es eines Tages: Oef, du bist überflüssig, das Kapital bedarf nicht mehr deiner Hände. Und dann geht man hinweg von der Stätte, wo man vielleicht Jahre hindurch bei schwerer Arbeit für Weib und Kind und für sich selbst sein Stücklein Brot erkrungen hat; man geht, weil man gehen muß! Bohm? Ja, frage nur an. „Alles besteht!“ sagt schon der Portier am Fabrikthor, wo man eintreten will. Man tritt vom frühen Morgen bis zum späten Abend von einem Geschäft ins andere: „alles besteht!“ — „Ist es stereotyp dem Arbeitslosen überall entgegen.“ Er sucht sein Heim wieder auf, voll banger Sorge um den kommenden Tag, er glaubt aus den Mienen, aus den Blicken seines Weibes, seiner Kinder stumme Worte herauslesen zu können. Warum hast du, Unglückseliger, das Schicksal Anderer an das deine gekettet? Warum hast du Menschen in die Welt gesetzt, die du selbst nicht satt zu essen hast? Wahrhaft, wer es noch nicht selbst durchgemacht hat, der vermag nicht zu begreifen, welchen Qualen und welchen Gefahren in den Tagen der Arbeitslosigkeit der Proletarier ausgesetzt ist.

Demgegenüber erscheint es als unabweisbare Pflicht für alle unsere öffentlichen Organisationen, zur Milderung der Noth zu thun, was nur immer in ihren Kräften steht und in erster Linie haben diese Pflicht Staat und Gemeinde, die sich ihr schon in eigenen Interesse nicht entziehen sollten, selbst wenn dazu besondere Mittel in Anspruch genommen werden müßten.

Nun entsteht die Frage, was Staat und Gemeinde thun sollen, thun können, um dem Uebel zu steuern. Vater Staat hat sich bisher leider in der

Regel damit benützt, durch seine Minister und der gleichen Leute feststellen und erklären zu lassen, daß ein Notstand nicht existiert, um damit die Ueberflüssigkeit aller weiteren Maßnahmen zu demonstrieren. Und doch könnte er so unendlich Vieles thun, er braucht darum noch nicht an dem Gehalt eines einzigen Ministers zu knausen. Der Staat sollte in solchen Zeiten überall da, wo er direkt oder indirekt Arbeitgeber ist, darauf dringen, daß nicht um Rücksicht auf die Billigkeit ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden, während die einheimischen Arbeiter ohne Arbeit und Brot auf den Straßen liegen. Er sollte in seinen eigenen Betrieben alt und gebrechlich gewordene Arbeiter mit einer ausreichenden Altersversorgung zur wohlverdienten Ruhe setzen, statt ihn bis zum Lebensende ins Joch der Arbeit zu spannen. Das wäre dann für den Staat ein mit Weisheit durchzuführendes Mittel, der Arbeitslosigkeit zu steuern, die Verkürzung der Arbeitszeit in allen staatlichen Betrieben, wodurch bei der Eigenart staatlicher Betriebe noch tausende von Händen beschäftigt werden könnten. Man denke nur an die lange Arbeitszeit der Bediensteten bei der Reichspost und bei den Eisenbahnbetrieben.

Auch wäre es, ohne dem Vater Staat besondere Opfer zumuthen, bei gutem Willen möglich, Arbeiten, deren Natur dies zuläßt, auf den Winter zu verlegen, in die Zeit, in der die Zahl der Arbeitslosen erfahrungsgemäß stets am größten ist. Weiter könnten Bauten in Angriff genommen werden, deren Ausführung vielleicht erst ein oder zwei Jahre später geplant war.

Das wären Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die der Staat, aber auch die Gemeinde in Anwendung bringen können. Und wenn diese beiden öffentlichen Organisationen in dieser Richtung ihr Möglichstes thun, dann wird zwar die Krise und ihre Begleiterscheinungen nicht verschwinden, aber deren Wirkungen würden doch wesentlich gemildert werden.

Wo Staat und Gemeinde Auftraggeber industrieller Stablfabrikanten sind, ließ sich auch sehr wohl eine Einwirkung dahingehend denken, daß die industriellen Unternehmer veranlaßt würden, statt der Reduktion der Arbeitskräfte eine Reduktion der Arbeitszeit einzutreten zu lassen. Jeder hat die Ausschichten, die solche Vorschläge haben, nicht eben besonders günstig. In den leitenden Kreisen unseres Staatswesens wird man sich um diese soziale Pflicht brüden wollen mit dem Hinweis auf die durch Militarismus und Marinismus, Chinarmummel und sonstige lösspielige Dinge geleerten Kassen. Und den ausschlaggebenden Parteien unserer parlamentarischen Vertretungen darf man leider auch nicht soviel soziales Gewissen zutrauen, daß man von ihnen eine energische Tat erwarten könnte.

Aber dessen ungeachtet sollte nichts veräumt werden, überall das soziale Denken und Fühlen anzuregen. Und wenn alles nichts nützt, haben die Freunde des Volkes wenigstens ihre Pflicht getan; je nachdem die herrschenden Kreise sich verhalten, werden tausenden von Arbeitern die Augen darüber aufgehen, wo ihre Interessen gewahrt werden.

In der Gemeinde liegt es zwar etwas, aber nicht viel besser in dieser Beziehung, als beim Staat. Wohl hat man da und dort sog. Rothstandsarbeiten, wie Steinkloppen, Holzsägen u. s. w. durch Arbeitslose ausführen lassen, aber mit diesen Mitteln kann man den Zweck nicht erreichen. Hier müßte eben auch in der oben angebotenen Weise eingegriffen werden, wenn ein wirklicher Erfolg erreicht werden will.

Am besten sind noch die Angehörigen der gewerkschaftlichen Organisationen daran, die gegen die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen geschützt sind durch die Unterfützung der gewerkschaftlichen Organisationen. Deshalb kann auch den Arbeitern nicht oft und nicht dringend genug die Mahnung wiederholt werden angefaßt der Schwere und ersten Zeit, in der wir uns befinden: Schließt euch euren Organisationen an, sorgt auch selbst gewissenhaft dafür, daß die Folgen der Arbeitslosigkeit für euch und eure Angehörigen nicht allzu fühlbar werden!

Korrespondenzen.

Bremen. Am 15. September feierten wir das 1. Stiftungsfest unserer Jahrsheile. Schon lange Zeit vorher hatte der Vorstand sowie das Bestimmungsbüro gearbeitet, um das Fest zu einer glänzenden Feier zu gestalten. Von der Nachbarjahrsheile Oldenburg waren auch einige Kollegen und eine Kollegin erschienen. Da unsere eigentliche Feier erst um 6 Uhr Nachmittags begann, so wurden die vorhergehenden Stunden mit den Oldenburger Kollegen durch Besichtigung der Lebenswürdigkeiten unserer Stadt ausgenutzt, bis endlich die Feier ihren Anfang nahm. Nach der theatralischen Veranstaltung, welche lebhaften Beifall fand, folgte der Ball, welcher die Mitglieder und Gäste noch lange be-

jammen hielt und wird ein Jeder mit Freude an den gemauerten Abend zurückdenken.

Berlin. Jahrsheile II (Hilfsarbeiter). Bericht der außerordentlichen Generalversammlung vom 18. September. Nachdem Kollege Wable dieselbe um 8¹/₂ Uhr eröffnet, wird das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und angenommen. Sodann wird mitgeteilt, daß sich die Kollegen Kretlow, Baumgärtner, Komnde, Schwenzner, Spandau, Bauer, Rolfi und Jahnns krank und die Kollegen Brülle und Schoepe gesund gemeldet haben. Ausgetreten sind die Kollegen Kadgien, Spremberg und Herr Erdmann, eritere beiden wegen Berufswechsel. Seitens des Kollegen Koppisch ist ein Unterstüßungsgesuch eingelaufen und werden demselben nach längerer Diskussion gegen zwei Stimmen 30 M. bewilligt. Kollege Wünderberg hatte dem Vorstand ein Panktschreiben für die ihm seitens der Organisation gewährte Unterstüßung zugehen lassen. Kollege Hübler war seiner Zeit nach Amerika gereist, kam aber, durch Familienverhältnisse gezwungen, wieder zurück und ersuchte nun den Vorstand, ihn in seine alten Rechte wieder einzufügen. Nach längerer Beratung kam letzterer zu dem Entschluß, daß dem Eruchten stattzugeben sei; auch die Versammlung hat hiergegen nichts einzuwenden. In der Morgenpost sollten die Kollegen von der Notationsmaschine Ausschleusenarbeiten in der Buchbinderei mitverrichten; so lange die Arbeit an der Maschine schlapp ging, kamen die Kollegen diesem nach, nachdem sich aber die Arbeit mehrte, weigerten sie sich dessen. Als nun am letzten Mittwoch wieder einer der Kollegen diese Arbeit verrichten sollte, verrichtete dieser, trotz gegenheiliger Ansicht des Vorstandes, daß die Arbeit so lange zu verrichten sei, bis die Verhandlungen beendet, die Arbeit nicht und wurden hieraus dem Vorstand bei den Verhandlungen Vorwürfe gemacht. Da in diesem Geschäft jede Branche einen Vertrauensmann hat, wurde, um weiteren Berattigen unlesbaren Ausritten vorzubeugen und aus Zweckmäßigkeitsgründen ein Obmann der Vertrauensleute gewählt. Letzterer hat so lange die einzelnen Verhandlungen zu leiten, bis der Vorstand vertreten ist. Kollege Wable empfahl dieses System für alle größeren Druckereien, wo mehrere Vertrauensleute vorhanden. Mit diesem Obmann hat Herr Ullstein ein Abkommen getroffen, nach welchem die Kollegen derartige periodische Ausschleusen nicht machen brauchen, sondern nur in Notfällen (plötzlichen Erkrankungsfall usw.) hinzugezogen werden. Vom Köberlichen Theaterdirekturbureau ist dem Vorstand ein Anerbieten gemacht worden, nach welchem den Vereinsmitgliedern zu einzelnen Theatern Willens zu ermäßigten Preisen zur Verfügung stehen. Selbiger giebt alle Monatsberichte über die einzelnen Vorstellungen eine Mittheilung heraus, die der Vorstand den Mitgliedern durch die Zeitung zugänglich machen will. Nach kurzer Diskussion hat die Versammlung hiergegen nichts einzuwenden. Unser nächstjähriger Wahlenball findet am Sonntag, 23. Februar, bei Keller unter den bekannten Bedingungen statt. Kollege Wable beantwortete sich beim Vorstand, daß er schon mit 7 Kassen abgeschlossen wurde. Der Kassierer hatte alle Restanten gemahnt, darunter auch den Kollegen Wable; da derselbe trotz Mahnung nicht zahlte, wurde der Ausschluß anrecht erhalten. Die letzte Vertrauensmännerfützung war nicht den Einladungen entsprechend besetzt und meint Kollege Wable, daß derjenige, der ein solches Amt annimmt, damit auch die Verpflichtung übernommen hat, es ordnungsmäßig auszuführen. In der Morgenpost hatten sich einige Falzer von der Organisation zurückgezogen, in einer Druckereibesprechung erklärten dieselben sich der Organisation anschließen zu wollen. Eine andere Angelegenheit, die dortigen Falzer betreffend, wird durch Rücksprache mit dem Vertrauensmann erledigt. Nach einer Pause von 10 Minuten werden 12 neue Kollegen vom Vorstände mit den üblichen Worten willkommen geheißen. Die dritte Ausnahme des Kollegen Wandow von H. S. D. wird abgelehnt, da der betreffende durch seine Wiederaufnahme nur verüßt, recht bald, nachdem er in seiner jetzigen Stellung entlassen wird, durch die Organisation Arbeit zu erhalten. Es folgt nun eine Aussprache über die Seitens des Zentralvorstandes ernannte Prekominmission. In längeren Ausführungen betont Kollege Wable, aus welchen Gründen der diesseitige Vorstand mit dieser Prekominmission nicht einverstanden ist. Kollege Wünderberg erklärt, daß der Zentralvorstand mit unserem Vorgehen einverstanden sein wird, denn derselbe wird dadurch ein unangenehmes Amt los; Kollege Wable erklärt, daß nur der Kürze der Zeit wegen nicht andere Schritte eingeleitet sind. Kollege Wable monirt speziell die Unparteilichkeit und empfiehlt folgende Resolution:

Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Jahrsheile II, Berlin, erklärt die Ernennung einer Prekominmission aus dem Rahmen des Zentralvorstandes als nicht gerechtfertigt. Sie ist der Ansicht, daß in Ermangelung eines Verbandstages, auf dem die ob. Wahl der betr. Kommission vorzunehmen wäre, die augenblickliche Wahl derselben den beiden Berliner Jahrsheilen zu überlassen und erwartet, daß sich die jetzige Kommission auflöst und der Zentralvorstand die geeigneten Schritte sofort unternimmt, um eine derartige Wahl in den beiden Berliner Jahrsheilen vorzunehmen zu können.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine längere Diskussion entspinnt sich über den Aus-

sicht des Kollegen Beutler aus dem Vorstand. Nachdem Kollege Wable in längeren Ausführungen die Angelegenheit vorüber, waren die Kollegen überzeugt, daß Kollege B. dem Vorstand in der Angelegenheit der Kollegen Staeger und Reun contra Germania falsche Angaben gemacht hatte. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Jäbide, Grieseler, Reun, Staeger, Fabrowski, Sternitzky und Wittig, in dem Sinne, daß der Vorstand recht gehandelt habe. Ein Antrag, den Kollegen aus der Organisation auszuschließen, wird zurückgezogen, dagegen ein Antrag, nach welchem Kollege Beutler mit seinem angeblichen Material gegen den Vorstand in der nächsten Versammlung auftreten soll, einstimmig angenommen. Desgleichen entspinnt sich ebenfalls eine längere Diskussion über die in Nr. 14 der „Solidarität“ enthaltene Erklärung des Kollegen Wable. Letzterer erklärt, die dort unterzeichneten Kollegen vertreten diese Angelegenheit. Demgegenüber stellen mehrere Vorstandskollegen fest, daß Kollege Wable im persönlichen Weispruch nach der Versammlung am 19. Juni zugegeben hat, daß er das betreffende Artikular an die Vorsitzende der Jahrsheile I sofort nach Empfang weiter gegeben hat, also dabeilbe gar nicht besitzen konnte in der Besprechung der Kollegen aus seiner Offizin. An der sehr heftigen Diskussion beteiligten sich die Kollegen Wittig, Wable, Grieseler, Sternitzky, Schulz, Grafshoff und Wable theils zu wiederholten Malen. Kollege Wable erklärt, daß es ihm fernzulegen habe, den Vorstand irgendwie zu beleidigen. Es wird gewünscht, da der Vorstand durch die Erklärung in Nr. 14 herabgesetzt und man da die Öffentlichkeit beschritten hat, diese letzte Erklärung auch durch die Öffentlichkeit zu erlassen. Die Versammlung giebt sich aber mit der obenstehenden Erklärung des Kollegen Wable zufrieden und wird man sich dahin einig, daß der Schriftführer in der nächsten Nummer im Versammlungsbericht die Erklärung des Kollegen Wable bringen soll. Mit Freuden konstatirt der Vorsitzende, daß endlich die persönlichen Sachen aus der Welt geschafft sind und schließt die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Jahrsheile II am 12. Uhr.

Halle a. S. Am Sonntag, den 22. September feierte unsere Jahrsheile ihr erstes Stiftungsfest, bestehend aus Tanzfränzchen und humoristischen Vorträgen im Englischen Hof. Der Bedeutung des Tages gemäß hatten sich unsere Kolleginnen und Kollegen denn auch ohne Ausnahme eingefunden und zeigte sich trotz des herrlichen Wetters der Saal als zu klein. Auch die Buchdrucker waren zahlreich erschienen, ein Beweis des guten Einvernehmens zwischen Buchdruckern und Hilfsarbeitern. Das Fest nahm um 4 Uhr seinen Anfang und wurde trotz der afrikanischen Hitze das Tanzbein von Jung und Alt bis gegen 9 Uhr geschwungen, als der Vorsitzende, Kollege Simon, das Wort ergriß, um in kurzen Worten auf die Bedeutung des heutigen Tages hinzuweisen. Darauf hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Wittig, der auf einer Agitationsreise begriffen, uns mit seinem Besuch erriente, die Festrede. Er wies in derselben auf die Fortschritte hin, welche die Jahrsheile Halle, insofern eifriger Agitation (die Mitgliedszahl ist in letzter Zeit von 5 auf 33 gestiegen) gemacht hätte und ermahnte in kräftigen Worten, in der Agitation nicht nachzulassen. Nach den bisherigen Erfolgen sei zu erhoffen, daß die Jahrsheile mit eine der besten unseres Verbandes werden könne, doch sei, um dieses zu bewirken, die Mitgliedszahl aller Kollegen und Kolleginnen erforderlich; nur durch Einigkeit sei es möglich, die uns gesteckten Ziele zu erreichen, um die Lage unserer Mitglieder ausbessern zu können. Zum Schluß übermittelte Redner die herzlichsten Glückwünsche des Verbandsvorstandes, wie der Berliner Kollegen und Kolleginnen überhaupt und gab sich der Hoffnung hin, daß dem ersten Stiftungsfeste noch viele folgen mögen. Auch der erkrankte Bezirksvorsitzer der Buchdrucker, Herr Hallupp, richtete einige Worte an die Festgäste und brachte ein Hoch auf das Gelingen und Gedeihen des Verbandes aus, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Doch auch der Humor kam zu seinem Rechte. In trefflicher Weise verstand Kollege Neubauer durch Vortrag humoristischer Couplets die Nachwächler der Festteilnehmer in Bewegung zu setzen und fand das in allen Theilen gelungene Fest um 12 Uhr seinen Abschluß.

Chemnitz. Am Montag den 23. September fand im Restaurant „Hoffnung“ eine öffentliche Versammlung, bei der Buch- und Steinbruckerkollegen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, welche sich mit nachstehender Tagesordnung beschäftigte. 1) Warum müssen sich die Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter organisieren? 2) Debatte hierüber. 3) Eventuell Gründung einer Mitgliedschaft. Zu Punkt 1 der Tagesordnung war der Verbandsvorsitzende Kollege Karl Wittig aus Berlin als Referent erschienen. Derselbe führte die Versammlung die Ursachen der Entstehung unseres Verbandes, wie dessen Weiterentwicklung vor Augen. Er bewies, daß an dem Orte, wo unsere Organisation noch nicht, oder nur sehr schwach vertreten sei, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen vorherrschend seien und daß in ungeschützten Falle, wo die Kollegen und Kolleginnen sich sehr zusammengekauften hätten, viele Erfolge zu verzeichnen wären. Redner ging dann auf die in Chemnitz bestehenden traurigen Verhältnisse ein und bezeichnete es als unerhört, daß sich unsere Kolleginnen bei zehn und

nach mehrstündiger Arbeitszeit mit einem Lohn von 5 bis 8 Mark begnügen müßten und unsere Kollegen den horrenden Lohn von 12 bis 15 Mark bekämen. Er wies nach, daß es keinem verheirateten Kollegen möglich sein könne, hiermit eine Familie ernähren zu können und daß auch der Lohn unierer Kolleginnen nicht im Entferntesten hinreichte, die Bedürfnisse, welche das Leben an sie stelle, befriedigen zu können. Diese traurigen Verhältnisse würden sich allerdings ändern, wenn sich die Kollegen und Kolleginnen zusammenschließen und dem bestehenden Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beitreten würden. Nebst wies dann auf die Bestimmungen des Verbandes, seine Unterstützungszweige usw. hin und erwähnte die Anwesenden, in ihrem eigenen Interesse dem Verbands beizutreten; denn nur dann wird es möglich sein, menschenwürdige Zustände schaffen zu können. In der Diskussion nahm Kollege Sachs das Wort, um den Anwesenden ebenfalls den Nutzen der Organisation begründlich zu machen. Er führte zum Beispiel die Verhältnisse in der „Vollstimm“ im Vergleich zu den kapitalistischen Unternehmungen an. Soll hier Wandel zum Besseren geschaffen werden, so giebt es nur einen Ausweg, die Organisation. Der Anfang ist gemacht, wenn auch die Zahl noch klein, welche sich angeschlossen hat, so wird es uns doch in nicht allzuferner Zeit gelingen, die Sämnigen aufzurütteln und der Organisation zuzuführen. Hiernach ließen sich die anwesenden Kollegen und Kolleginnen in den Verband aufnehmen und erfolgte, nachdem Kollege Sachs als Vertrauensmann und Kollege Engelmann als Kassierer gewählt worden, Schluß der Versammlung. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 14. Oktober im Restaurant „Hoffnung“ statt.

Die Adressen des Vertrauensmannes und des Kassierers befinden sich an der Spitze des Blattes.

Die Redaktion.

Rundschau.

Sind Kartellverbindungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen eines Gewerbes bindend? Ueber diese Frage in Betreff des im Vorjahre abgeschlossenen Buchdruckerartikels für Stuttgart, Leipzig und Berlin hatte am 22. August das Stuttgarter Gewerbegericht zu entscheiden. Im Gegensatz zu den von den Gewerbegerichten Berlin und Leipzig gefällten Urteilen, welche die Rechtskraft dieses abgeschlossenen Tarifs für alle Arbeitgeber und Arbeiter dieses Gewerbes im Bereiche desselben anerkannten, verneinte das Gewerbegericht in Stuttgart die obige Frage. Sein Entscheid ruht sich auf die Aussage eines als Sachverständigen geladenen Hofbuchbindermehrs, welcher angab, der Tarif nicht zu kennen, sowie auf die Vorklage einer Liste von Unternehmern, die ebenfalls den Tarif nicht innehalten und zum Teil zwecks Durchsetzung desselben aus der Arbeitgeber-Vereinigung ausgetreten sind.

Daraus folgert das Gewerbegericht, daß der Tarif kein sogenanntes *Oris-* oder *Gewohnheitsrecht* geworden sei, das allen Beteiligten in Fleisch und Blut übergegangen sei. Es sei zwar wünschenswert, daß eine solche Vereinbarung rechtliche Gültigkeit habe, aber wenn eine ganze Reihe von Arbeitgebern den Tarif für sich nicht als bindend betrachten, so kann von einem *Oris-* oder *Gewohnheitsrecht* nicht gesprochen werden.

Das Urteil enthält wieder eine bedenkliche Lücke in unserer Gewerbebegehung. Was hilft es den Gewerkschaften, tarifliche Vereinbarungen zu schaffen, wenn jeder Lohnbrüder dieselben ungestraft durchbrechen und durch Lösung der Arbeitgebergemeinschaft von seinem Vertrag juristrieren kann. So lange freilich solche Verträge nicht gesetzlich als geltendes Recht gesichert werden, muß die Gewerkschaft dafür sorgen, daß jeder einzelne Arbeitgeber den Tarif durch Unterschritt bestätigt. Gegen Verhältnisse, die die Anerkennung verweigern, sind alle gesetzlichen Mittel des Zwanges in Anwendung zu bringen, und vor Allem ist dafür zu sorgen, daß die Arbeiter der Organisation angehören und beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis tarifliche Bezahlung fordern.

Sozialistisches. Der Würzburger Nationalökonom Professor Georg Schanz hat sich abermals eingehend mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Bei einer früheren Gelegenheit hat dieser Gelehrte berechnet, daß wöchentlich ein Betrag von 80 Bfg. von dem in Beschäftigung stehenden Arbeiter gezahlt werden müsse, um eine einigermaßen genügende Arbeitslosen-Versicherung möglich zu machen. Diesen Weg, jedenfalls wegen der materiellen Schwierigkeiten aufgebend, ist Schanz nun zu anderen Vorschlägen gelangt. Zunächst sollen zum mindestens achtstägige Kündigungskrisen eingeführt werden, von einem besonderen Gesetze über die Kartelle, Danks wird von Sch. erwartet, daß bei der Gelegenheit Garantien für dauernde Beschäftigung der Arbeiter verlangt und gegeben werden. Eine bessere Wirksamkeit des in aller Welt als sehr unklar bekannten § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wie die allgemeine Einführung von Lehrlingskassen und die Herabsetzung der Altersgrenze auf 80 Jahre bei der Altersversicherung sind weitere, von Sch. anempfohlene

Mittel auf diesem Gebiete. Ist die Mehrzahl der bis jetzt ausgeführten aber schon mehr oder minder fraglicher, so die weiteren direkt gewagter Natur. Weiter. Bagabunden, sowie moralisch und geistig defekte Menschen, sollen in zweckmäßigen Anstalten untergebracht werden, d. h. dort zum Lohnbrüder an den „freien“ Arbeiter werden, auch sollen die Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen dem Gedanken der Arbeitslosigkeitbekämpfung mehr nutzbar gemacht werden. Dagegen haben die von Schanz als besonders wichtig bezeichneten, von der Kommune zu veranlassenden Nothstandsarbeiten schon eher etwas für sich, obwohl die Beschränkung auf die Stadtverwaltungen sich auch sehr bald als unzulänglich erweisen wird. Man sieht an diesen Ansichten und Vorschlägen die eminente Schwierigkeit dieser Frage, die wirklich ein Problem ist. An dieser Stelle näher darauf einzugehen, würde weit über den Rahmen der Rundschau hinausgehen, einweisen müssen die graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen befreit sein, durch Anschluß an ihren Verband denselben die Mittel zu gewähren, die notwendig sind, den Kollegen und Kolleginnen das zu bieten, was der Staat eigentlich zu bieten hätte, nämlich eine ausreichende und zweckmäßige Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Literatur.

Der **Arbeiter-Notiz-Kalender 1902** aus dem Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ist schon wieder erschienen. Sein Inhalt ist sehr reichhaltig: Die Reichstagswahlergebnisse mit allen Nachwahlen bis August 1901, die leider sonst nirgends in Zusammenfassung vorhanden sind, machen ihn für den politisch tätigen Arbeiter allein schon unentbehrlich. Weiter enthält er: Neue Volkszählungs-Ergebnisse. Die neuen Gesetze betr. die Soldaten-Unfallfürsorge und die Kriegsinvalidenversorgung von Paul Singer erläutert, — Französischer Arbeiterführer mit Portrait von Guesde, Jaurès, Millerand, Baillanti, Militärlisten-Steigerung von 1884—1901; einen sehr reichen Artikel über Reichstag und Bundesrat, ihre Kompetenzen und den Gang der Gesetzgebungsmaschinerie. Für die gewerkschaftlich tätigen Arbeiter enthält er sehr viel Agitationsmaterial. Adressen der Organisationen, der Arbeitersekretariate, der Fabrikinspektoren, deutsche Streikstatistik 1890—1900, deutsche Gewerkschafterverfolge. Was können die Gewerkschaften erreichen? Die neuen Arbeiterschutzbestimmungen, Praktische Winke für das Arbeitsverhältnis u. s. w. u. s. w. Kurz; der reiche und zweckmäßige Inhalt des Kalenders, der u. A. auch eine Abbildung des Niebuhr-Denkmal-Entwurfs reproduziert, empfiehlt den Kalender als praktisches Nachschlagewerk für jeden Partei- und Gewerkschaftsmitglied. Der Preis ist der alte: 60 Bfg.

Auf dem Gebiete der **blühenden Unterhaltungsliteratur** zeigen die uns eben zugegangenen Rezensiten-Hefte 34 bis 38 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek. In Freien Stunden“ wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Inselhücker“ und „Dombey und Sohn“ und wir raten unseren Lesern, Probehefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Kolporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des Dickens'schen Romans „Dombey“ können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin die „Islandhücker“ ihren Anfang nehmen.

Redaktions-Briefkasten.

Verhert. Kann mit dem besten Willen nicht enthelfen, was Ihre Angelegenheit mit der „Solidarität“ zu thun hat. Habe Ihre Aufschrift dem Vorstand der Zahlstelle II übermittelt und wollen Sie sich gest. an denselben wenden.

Müller, Breslau. Konnte der Agitationstour wegen Artikel über Breslau noch nicht fertigstellen, erscheint aber bestimmt in nächster Nummer.

Grüß Wittig.

In **Arbeitskreis** der Zahlstelle II gingen folgende Beiträge für die **Freiwilligen Glasarbeiter Deutschlands** auf Listen ein:

Nr.	Firma	Mf.
2652	Venz & Co.	5.—
2653	Germania	10,20
2654	M. Bading (Vert-Abteilung)	15,15
2655	M. Bading („Vorwärts“)	5.—
2656	M. Straufe	8,80
2657	A. W. Schade	11,10
2658	Liebherr & Thiessen	7,30
2659	Hakenstein & Bogler	4,55
2660	Marichner	6,35
2661	Sonntagblatt	7,75
2662	Deutsche Worte	4,05
2663	Rad West	3,45
2664	Typographia	12,10
2665	Vorchard & Hüblich	4,20
2666	Kangenheide	2,50
2667	Volks-Zeitung	2,15
2668	Günther & Sohn	2,45
2669	v. Holten	4.—
2670	D. S. Dermann	3.—
2671	Sittenfeld	3,80
2672	National-Zeitung	4,45
2675	Hempel & Co.	5.—
2676	Local-Anzeiger	12,95
2677	Der Tag	8.—
2678	Wolfe (Vert-Abteilung)	8.—
2679	Wolfe (Zeitungs-Abteilung)	9,75
2680	Elster	5.—
2681	Greve	19,80
2682	Die Woche	21,20
2683	Kollege Gröschke	4,35
2684	Vaterl. Verlag	3,45
2685	Mittler & Sohn	2,30
2686	Paß & Garleb	1,10
2687	Bärenstein	12,45
2688	Baltenberg	4,55
2689	Hornwig	7,49
2690	Ulstein (Vert-Abteilung)	5,50
2691	Ulstein (Zeitungs-Abteilung)	7,50
2692	Ulstein (Folgerie)	5,70
2693	Untor	2,20
Summa		282,15

Obige Summe ist an das Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission abgeliefert worden.

Heinr. Jahns,
Delegierter zur Berl. Gewerkschafts-Kommission.

Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnelldruckern.

Allen Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die erste Vorlesende Gemalte Vendemann vom 1. September durch Bewalterin des Arbeitsnackweises H. Derfelde befindet sich seit dem 1. September Sydeltstraße 30, Restaurant Thiede, Telefon-Amt I 1545. Alle Zuschriften sind mit dem Namen Vendemann zu versehen und müssen insbesondere Geldsendungen an Genannte adressiert werden.

Die Adresse der ersten Kassierin, Frä. Marie Müller, befindet sich Admitralstr. 18, bei Frau Rukke, vorn IV.

Hiermit nehme ich die ausgestohene Beteiligung gegen Fräulein **Helene Klein** zurück und erkläre dieselbe für ein anhängiges Mädchen.
L. Warquard.

Ladewig's Bierstuben

Kommandantenstr. 65.

orzügliches Weiss- und Baisisch-Bier.

Berlinzimmer für 40 Personen.

Frang. Willard.

Telephon.

Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe in Berlin.

Außerordentliche Generalversammlung
am Sonntag, den 13. Oktober 1901, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Luisenstädtischen Concertsaal, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung:

Abänderung der Statuten. — Verschiedenes.

Berlin, 28. September 1901.

Der Vorstand.

Job. Blenz, Vorsitzender. Guß. Lehmann, Schriftführer.